



1

# innenpolitik

Informationen des Bundesministeriums des Innern | März 2007

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft  
bringt innenpolitische Themen voran



INNERE SICHERHEIT  
Hauptstadtgespräche



FORUM INNENPOLITIK  
Neuer Präsident



SPORT  
Deutsche Handballweltmeister



# Inhalt

## Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit der europäischen Innenpolitik ist die deutsche EU-Ratspräsidentschaft gut gestartet. Beim ersten informellen Treffen der Minister gab es für das deutsche Arbeitsprogramm viel Unterstützung, so dass gleich beim ersten formellen Treffen wesentliche Fortschritte erzielt werden konnten – für die Redaktion der Anlass, der Ratspräsidentschaft erneut die Titelseite zu widmen.

Wieder sind viele weitere Themen dieser „innenpolitik“ europäische Themen. So die elektronischen Personaldokumente, bei denen Deutschland eine Vorreiterrolle spielt. Und die Bekämpfung der Korruption in den neuen Mitgliedsländern, bei der Deutschland und Polen gerade ein gemeinsames Projekt erfolgreich abgeschlossen haben.

Sie finden ferner Einzelheiten zum Beamtenrecht, zur Integration von Migranten, zu den Asylbewerberzahlen und – wieder einmal – zu erfolgreichen deutschen Sportlern, die häufig auch in den Reihen der Bundespolizei zu finden sind.

Ihre Redaktion



TITELSTORY

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft bringt innenpolitische Themen voran

4

INNERE SICHERHEIT

Neue Zivilschutz-Hubschrauber

9



INNERE SICHERHEIT

Bald auch Fingerabdrücke im Reisepass

10

MIGRATION

Gutes Zeugnis für Integrationskurse

11

FORUM INNENPOLITIK

Einschnitte bei der Ministerversorgung

13

FORUM INNENPOLITIK

2.278 Anträge auf Informationen

14



SPORT

Erfolge auf schnellen Kufen

15

## Impressum

Herausgeber: Bundesministerium des Innern, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Alt Moabit 101 D, 10559 Berlin • Gesamtkoordination: Birgit Laitenberger (BMI) • Gestaltung, Redaktion, Produktion: MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH, Wassergasse 3, 10179 Berlin, innenpolitik@media-consulta.com • Bildnachweis: BMI, BMI/Grünwald, dpa/picture-alliance, photothek, Rat der Europäischen Union • Druck: Bonifatius GmbH Druck-Buch-Verlag, Paderborn • Auflage: 19.000 Exemplare • Erscheinungsweise: bis zu 6 Ausgaben pro Jahr • Vertrieb: innenpolitik wird kostenfrei geliefert; Bestellungen und Adressänderungen bitte an: Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, E-Mail: publikationen@bundesregierung.de, Artikelnr.: BMI07305



## Neuer Geschäftsführer des Bündnisses für Demokratie und Toleranz



Dr. Gregor Rosenthal

Dr. Gregor Rosenthal ist neuer Geschäftsführer des Bündnisses für Demokratie und Toleranz (BfDT). Der bisherige Geschäftsführer Wolfgang Arnold war nach über sechsjähriger Amtszeit in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Bei der Amtseinführung des neuen Geschäftsführers sagte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Peter Altmaier: „Die Bekämpfung von Extremismus, Rassismus und Antisemitismus ist für uns von außerordentlicher Bedeutung.“ Er freue sich daher, dass Dr. Rosenthal, der zuletzt mit großem Erfolg den Sicherheitsstab zur Fußballweltmeisterschaft 2006 im Bundesministerium des Innern geleitet hat, für diese wichtige und anspruchsvolle Tätigkeit gewonnen werden konnte.

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt wurde im Jahre 2000 von den Bundesministerien des Innern und der Justiz gegründet. Sein Ziel ist die Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements und die Unterstützung von Aktivitäten gegen extremistische Tendenzen, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

>> [www.buendnis-toleranz.de](http://www.buendnis-toleranz.de)

## Deutsch-Französischer Tag

Informationen aus erster Hand erhielten 25 Schülerinnen und Schüler einer Berliner Oberschule, die im Rahmen des Deutsch-Französischen Entdeckungstages das Bundesministerium des Innern besuchten. Die alljährlich stattfindende Aktion soll die Aufmerksamkeit vor allem der jüngeren Generation auf das Erlernen der französischen oder deutschen Sprache sowie auf die Möglichkeiten des Studiums und der Arbeit im Partnerland lenken.

Neben einem Überblick über die Aufgaben und Organisation des Ministeriums erhielten die Teilnehmer Informationen über Ausbildungsgänge im BMI und die Bedeutung des Erwerbs von Qualifikationen für den Einsatz bei internationalen Verwendungen. Bernadette Malgorn, secrétaire générale des französischen Innenministeriums, hatte ein Arbeitstreffen unterbrochen, um mit den jungen Leuten über die Bedeutung deutsch-französischer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der europäischen Innenpolitik zu sprechen.

>> [www.entdeckungstag.de](http://www.entdeckungstag.de)

Deutsche Schüler mit Bernadette Malgorn (M.) beim deutsch-französischen Entdeckungstag im Innenministerium.



Dr. Schäuble mit Prof. Dr. Pitum (r.), ICCJ-Schatzmeister und Reverend Prof. Dr. Pawlikowski (l.), Präsident des ICCJ.

## Internationaler Rat der Christen und Juden

In einem Gespräch mit der Führung des Internationalen Rates der Christen und Juden – ICCJ – hat Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble die Bedeutung unterstrichen, die die Aktivitäten des ICCJ vor allem für das Nachkriegsdeutschland hatten. Er hob auch hervor, dass der ICCJ sich heute weltweit einer Erweiterung seiner Aufgaben stelle, nämlich der Annäherung von Juden, Christen und Muslimen. Der Minister erläuterte seinen Gästen, unter ihnen ICCJ-Präsident Prof. Dr. John T. Pawlikowski (USA), auch die Ziele der Deutschen Islam-Konferenz, die im vergangenen September ihre Arbeit aufgenommen hat.

Der ICCJ (International Council of Christians and Jews) ist die Dachorganisation von weltweit 38 nationalen christlich-jüdischen und interreligiösen Dialogvereinigungen. Seit 1979 hat der ICCJ seinen Hauptsitz in der südhessischen Stadt Hepenheim.

>> [www.iccj.org/de](http://www.iccj.org/de)



# Deutsche EU-Ratspräsidentschaft bringt innenpolitische Themen voran

Mit dem informellen Treffen der Justiz- und Innenminister vom 14. bis 16. Januar in Dresden gelang der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ein erfolgreicher Start in die Serie von Treffen der europäischen Fachminister. Gleich zu Beginn der Präsidentschaft wurden wichtige Themen im Innenbereich aufgegriffen. Sie fanden große Unterstützung bei Mitgliedstaaten, Kommission und Europäischem Parlament.

Damit war es möglich, bereits auf dem ersten formellen Treffen der europäischen Innenminister am 15. Februar in Brüssel mit der Umsetzung des Arbeitsprogramms des Bundesministeriums des Innern für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft zu beginnen.

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble und Bundesjustizministerin Brigitte Zypries luden gleich zu Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zum informellen Treffen der europäischen Justiz- und Innenminister vom 14. bis 16. Januar nach Dresden ein. 65 Ministerinnen und Minister mit rund 300 Delegationsmitgliedern folgten der Einladung. Über 400 akkreditierte Journalisten aus ganz Europa waren anwesend.

Die deutsche Ratspräsidentschaft hatte wichtige Themen auf die Agenda in Dresden gesetzt. Die Minister berieten über die Möglichkeit der Verstärkung der grenzüberschreitenden polizei-

lichen Zusammenarbeit durch die Überführung des Vertrags von Prüm in den EU-Rechtsrahmen, das weitere Vorgehen in Migrationsfragen zur Umsetzung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Dezember 2006 und sie führten eine Diskussion über die zukünftige Gestaltung der europäischen Innenpolitik ab 2010 (nach Auslaufen des Haager Programms). Die große Unterstützung, die Dr. Schäuble hierbei durch die Mitgliedstaaten, den Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Franco Frattini und den Vertreter des Europäischen Parlaments, Jean-Marie Cavada, erfuhr, ermöglichten es, diese Punkte bereits auf der ersten formellen Ratsitzung der Innenminister am 15. Februar 2007 in Brüssel (Tagung des Rates der Justiz- und Innenminister) mit Erfolg zu behandeln. Die Themen sind Schwerpunkte des Arbeitsprogramms des Bundesministeriums des Innern für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft.

## Überführung des Vertrags von Prüm in den EU-Rechtsrahmen

Aufgrund der positiven Resonanz in Dresden brachten auf der Sitzung der Innenminister am 15. Februar in Brüssel alle 16 Prüm-Partner (Unterzeichner- und Beitrittsstaaten) gemeinsam den Entwurf eines Ratsbeschlusses zur im Wesentlichen inhaltsgleichen Überführung der Kernelemente des Vertrags ein. Die Innenminister konnten auf der Sitzung politisches Einvernehmen über den Vorschlag erzielen. Anfang März wurde der Beschlussentwurf dem Europäischen Parlament zur Stellungnahme übermittelt. Damit könnte noch unter deutscher Präsidentschaft das Verfahren zur Überführung des Vertrags in den EU-Rechtsrahmen erfolgreich abgeschlossen werden.

Der von sieben europäischen Staaten (Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich und Spanien) am 27. Mai 2005

geschlossene und nach dem Ort der Unterzeichnung benannte Vertrag von Prüm (Eifel) sieht die Intensivierung der grenzüberschreitenden polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit vor. Neun weitere Mitgliedstaaten (Finnland, Italien, Portugal, Slowakei, Slowenien, Schweden, Bulgarien, Rumänien und Griechenland) haben inzwischen ihre Absicht zum Vertragsbeitritt erklärt. Deutschland und Österreich stehen seit Anfang Dezember in einem ersten automatisierten Informationsabgleich; Spanien wird in Kürze folgen.

Auf Grundlage des Vertrags ist es möglich, dass sich die beteiligten Staaten untereinander einen automatisierten Zugriff auf bestimmte nationale Datenbanken gewähren. Das Verfahren stellt einen Quantensprung im Bereich des grenzüberschreitenden Datenaustausches dar. So können die Vertragsstaaten im Rahmen eines direkten lesenden Online-Vollzugriffs Fahrzeugregisterdaten gegenseitig abrufen. DNA-Analyse-Dateien und daktyloskopische Dateien (Fingerabdrücke) werden dem anderen Vertragspartner jeweils im Wege eines Hit-/No-Hit-Systems geöffnet. Die abfragende Stelle erhält damit unmittelbar und automatisch die Information, ob zu dem Profil ein Treffer im Datensystem des Vertragspartners vorliegt oder nicht. Die Übermittlung von weitergehenden Informationen, wie personenbezogenen Daten, erfolgt dann im Rahmen der Rechtshilfe.

Seit Anfang Dezember 2006 können Österreich und Deutschland auf Grundlage des Vertrages ihre DNA-Daten gegenseitig abgleichen. Das hat allein in den ersten acht Wochen zusammengefasst in Deutschland zu über 1.500 Treffern mit österreichischen Datensätzen und umgekehrt zu mehr als 1.400 Treffern in Österreich mit deutschen Datensätzen geführt. Darunter wurden allein im Bereich der Totschlags- und Morddelikte 32 Treffer erzielt.

Zwar bedarf jeder Treffer einer sorgfältigen Überprüfung und es lassen sich ungelöste Fälle nicht allein anhand eines DNA-Treffers lösen. Es ist aber

## Enge Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble hat am Mittwoch, den 24. Januar 2007, in Brüssel in der Sitzung des Ausschusses des Europäischen Parlaments für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE-Ausschuss) das innenpolitische Arbeitsprogramm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 mit dem Titel „Europa sicher leben“ vorgestellt.

Er sagte: „Gerade in Sicherheitsfragen erwarten die Bürgerinnen und Bürger von Europa Antworten. Und dafür bedarf es auf europäischer Ebene einer engen Kooperation von Parlament, Rat und Kommission. Dabei müssen wir entschieden handeln und gemeinsam die richtige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit finden. Ich freue mich deshalb, die gute Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament während der deutschen Präsidentschaft sowie darüber hinaus fortsetzen zu können.“

zu erwarten, dass in Deutschland und Österreich bislang ungelöste Fälle abgeschlossen und die Täter einer Verurteilung zugeführt werden können. Mit dem Austausch in Bezug auf Fingerabdruck- und Kraftfahrzeugdateien soll deshalb sukzessive noch in diesem Jahr begonnen werden.

Weiterhin werden im Vertrag von Prüm Regelungen zum Datenaustausch im Bereich der Bekämpfung des Terrorismus und reisender Gewalttäter getroffen: Zur Verhinderung terroristischer Straftaten können personenbezogene Informationen über terroristische Gefährder übermittelt werden. Zu präventiven Zwecken ermöglicht der Vertrag den Austausch von Informationen im Rahmen von Großveranstaltungen über reisende Gewalttäter, wie etwa Hooligans.

Darüber hinaus wird auch die polizeiliche Zusammenarbeit durch operative Maßnahmen intensiviert. So ermöglicht der Vertrag gemeinsame Einsatzformen wie die Durchführung von gemeinsamen Streifen oder die Übertragung von hoheitlichen Befugnissen auf Polizeibeamte der anderen Vertragsstaaten. Beispielsweise können Polizeibeamte zur Verstärkung der Sicherheit bei Großereignissen in einem anderen europäischen Land mit allen Rechten und Pflichten des Gastlandes ausgestattet werden.

Minister Dr. Schäuble erklärte am 15. Februar hierzu in Brüssel: „Mit der Vertragsüberführung werden zukünftig alle 27 EU-Mitgliedstaaten von dem erheblichen Mehrwert des Vertrags profitieren. Ziel ist es, einen modernen polizeilichen Informationsverbund aufzubauen, um europaweit wirksam gegen Verbrecher vorzugehen. Die auf den ersten Umsetzungsmaßnahmen beruhenden operativen Ergebnisse sind sehr vielversprechend und zeigen, dass die dem Prümer Vertrag zugrunde liegende Idee, vorhandene nationale Datenbanken zu vernetzen, eine einfache, aber zugleich äußerst wirkungsvolle Lösung zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und des internationalen Terrorismus darstellt.“

Besonders hervorzuheben, so der Minister, seien auch die umfassenden Datenschutzregelungen des Vertrags, die nunmehr mit in den EU-Rahmen überführt werden und die den hohen Ansprüchen eines modernen Datenschutzes entsprechen.

### Stärkung der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX

„Angesichts der im Frühjahr wieder stärker werdenden Migrationsbewegungen über das Mittelmeer und den Atlantik in Richtung Europa und den damit

verbundenen Gefahren für das Leben vieler Menschen ist es eine vordringliche Aufgabe, FRONTEX die notwendigen Mittel und Kompetenzen an die Hand zu geben, die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung dieser Lage zu unterstützen. Der Europäische Rat vom Dezember 2006 hat hierzu konkrete Vorgaben gemacht“, erklärte Dr. Schäuble in Brüssel.

Der Minister informierte auf der Tagung des Rates deshalb zunächst über den aktuellen Stand der Beratungen der „Verordnung über einen Mechanismus zur Bildung von Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke“. Die Verordnung wurde im Juli 2006 durch Vizepräsident Frattini erstmals vorgestellt und ihre Behandlung durch den deutschen Vorsitz in den Ratsarbeitsgremien seit Januar stark vorangetrieben. Die geplanten Soforteinsatzteams sollen aus Experten der Mitgliedstaaten zusammengesetzt und durch FRONTEX kurzfristig jedem Mitgliedstaat zur Verfügung gestellt werden, der an seinen Grenzen einer besonderen Belastung durch illegale Migration ausgesetzt ist. Ziel des deutschen Vorsizes ist es, bis zur Tagung der Innenminister im April politisches Einvernehmen zwischen Parlament und Rat zum Verordnungstext herzustellen.

Die neue Verordnung sieht gleichfalls vor, dass erstmals im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit Gastbeamten, unter Leitung des jeweiligen Mitgliedstaates, in dem der Einsatz stattfindet, exekutive Befugnisse übertragen werden. Damit können die Grenzpolizisten der Teams noch wirkungsvoller als bisher vor Ort eingesetzt werden. Vergleichbare Rege-

lungen in Europa zur Übertragung exekutiver Befugnisse auf Gastbeamte hat bisher nur die deutsche Bundespolizei. Anlässlich der FIFA WM 2006 wurden damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Der Verordnungsentwurf geht auch auf eine Anregung Deutschlands zurück.

Vorsitz und Kommission wollen weiterhin FRONTEX bei der Bildung eines technischen Zentralregisters, der sogenannten Toolbox, unterstützen. Bereits die Verordnung zur Einrichtung von FRONTEX vom Oktober 2004 sieht vor, dass die Agentur ein Register grenzpolizeilicher Einsatzmittel führt, welche die Mitgliedstaaten sich gegenseitig auf freiwilliger Basis temporär zum Schutz der Außengrenzen zur Verfügung stellen wollen. So sollen in das Register Überwachungsflugzeuge, Hubschrauber, Patrouillenschiffe oder Equipment zur Kontrolle der Grenzen aufgenommen werden. FRONTEX möchte so bald wie möglich diese Form der Zusammenarbeit starten. Vizepräsident Frattini hatte deshalb Ende Januar in einem Brief an alle Mitgliedstaaten appelliert, die Einrichtung des Zentralregisters zu unterstützen. Bis zum Rat am 15. Februar hatten daraufhin bereits 19 Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, Beiträge zugesagt.

### Enge Zusammenarbeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten mit Herkunfts- und Transitländern in Migrationsfragen

Aufgrund anhaltenden Zuwanderungsdrucks nach Europa bleibt die Verhinderung illegaler Migration



Dr. Wolfgang Schäuble in der Ratssitzung der Innenminister in Brüssel.

sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene eines der vorrangigen Themen. Der Europäische Rat vom Dezember 2006 hat Rat und Kommission hierzu eine Reihe von Aufgaben mit auf den Weg gegeben. Bereits in Dresden hatten sich die Innenminister und Vizepräsident Frattini deshalb dafür ausgesprochen, in Migrationsfragen eng mit den Herkunfts- und Transitländern an den Süd- wie auch an den Ostgrenzen der EU zusammenzuarbeiten. Am 15. Februar konnte diese Diskussion fortgeführt werden.

Innenminister Dr. Wolfgang Schäuble sagte hierzu: „Wir haben als Präsidentschaft in Umsetzung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom letzten Dezember Anstöße zum Aufbau von Partnerschaften mit Drittstaaten, zur Ausgestaltung von Kooperationsplattformen und zur Erstellung länderspezifischer Migrationsprofile gegeben.“

Gerade Partnerschaften zwischen Mitglied- und Drittstaaten können eine gute Ergänzung der Beziehungen zu Drittländern auf Gemeinschaftsebene darstellen. Inhalt solcher bilateraler Partnerschaften könnte die Einräumung befristeter Aufenthaltsrechte zur Förderung zirkulärer Migration, Hilfe beim Aufbau von Grenzschutz- oder Asylsystemen in Herkunfts- und Transitdrittstaaten oder die Unterstüt-

## Informelles Treffen der Justiz- und Innenminister in Dresden

Entsprechend dem Charakter der informellen Treffen soll neben den Plenarsitzungen der informelle Gedankenaustausch gefördert und das Gastgeberland präsentiert werden. Deshalb waren für die Regierungsgäste aus ganz Europa auch ein Besuch der Frauenkirche und eine Führung durch das Grüne Gewölbe vorgesehen.

zung von Reintegrationsmaßnahmen für Migranten sein. Umgekehrt müssen sich Drittstaaten zur Einhaltung von Rückübernahmeverpflichtungen sowie demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien verpflichten.

Der deutsche Vorsitz ist sehr daran interessiert, möglichst bald auf der Grundlage der bisherigen Diskussion und der Vorschläge der Kommission erste konkrete Fortschritte zu erzielen.“

### Zukunft der europäischen Innenpolitik

Bereits anlässlich des informellen gemeinsamen Abendessens am Vortag der offiziellen Ratssitzung am 15. Februar in Brüssel konnten sich die Innenminister – basierend auf den Diskussionen in Dresden – über die Einsetzung einer informellen hochrangigen Gruppe einigen, deren Aufgabe es sein wird, frühzeitig einen Anstoß zur Weiterentwicklung der europäischen Innenpolitik im Blick auf die Nachfolge des 2009 auslaufenden Haager Programms zu geben. Darüber hinaus ist vorgesehen, dass die Gruppe Möglichkeiten einer effizienteren Arbeit des Rates sowie zur Verbesserung oder Vereinfachung bestehender EU-Regelungen erörtert und sich politisch mit der Frage befasst, in welchen Bereichen auf EU-Ebene intensiver zusammengearbeitet werden sollte und umgekehrt, eher den Mitgliedstaaten Handlungsspielräume einzuräumen wären. Dagegen sollen Fragen des Primärrechts, der Entscheidungsfindung oder Aspekte, die die weitere Behandlung des EU-Verfassungsvertrages tangieren könnten, ausdrücklich nicht durch die hochrangige Gruppe behandelt werden. Die Gruppe wird aus Vizepräsident Frattini, den sechs Innenministern der aktuellen und folgenden Triopräsidentschaft (Deutschland, Portugal und Slowenien sowie Frankreich, Tschechische Republik und Schweden), einem Vertreter der übernächsten Triopräsidentschaft (also Spanien, Belgien oder Ungarn) sowie anlassbezogenen Experten aus einzelnen Mitgliedstaaten bestehen.

Alle Interessierten sind eingeladen, der Gruppe Anregungen zu unterbreiten. Die Gruppe wird ein Höchstmaß an Transparenz gewährleisten und sie wird regelmäßig allen für die Innenpolitik zuständigen Ministern in geeigneter Form über den Fortgang der Diskussion berichten. Ziel der Gruppe ist es, im Herbst 2008, also noch vor dem formellen Vorschlag für das Post-Haager Programm, einen Bericht als diesbezüglichen Diskussi-

onsbeitrag vorzulegen. Bereits für Mai und Juni, also noch unter deutscher Ratspräsidentschaft, sind deshalb die ersten beiden Treffen der Gruppe vorgesehen.

>> Weitere Informationen unter [www.eu2007.bmi.bund.de](http://www.eu2007.bmi.bund.de)



Der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Christoph Bergner (2. v. r.) und Ministerialdirektor Klaus Pöhle (M.) auf dem Sportdirektorentreffen.

## Treffen der europäischen Sportdirektoren

Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft trafen am 1. und 2. Februar 2007 die Leiter der Sportabteilungen der 27 EU-Mitgliedstaaten, die Sportdirektoren, zusammen. Unter der Leitung des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Christoph Bergner und von Ministerialdirektor Klaus Pöhle wurden die Arbeiten in den Themenbereichen „Sport und Ökonomie“, „Integration und Sport“ sowie „Dopingbekämpfung“ auf europäischer Ebene vorangetrieben. Die Zusammenkunft diente auch dazu, das Sportministertreffen, zu dem Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble seine Amtskollegen am 12. und 13. März nach Stuttgart einlädt, vorzubereiten.

Der Themenbereich „Sport und Ökonomie“ befasste sich hauptsächlich mit den ökonomischen Auswirkungen von Sportgroßveranstaltungen und der Einführung von wissenschaftlichen Parametern zur Messung wirtschaftlicher Effekte. Der Anteil des Sports am Bruttoinlandsprodukt, seine Beschäftigungseffekte und die Dynamik des Sportbereichs sollen künftig genauer anhand eines Satellitenkontos Sport beleuchtet werden.

„Integration und Sport“ fokussierte auf die Potenziale von Sportvereinen bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, mit Behinderung, aus Haushalten mit geringem Einkommen oder von Personen aus gesellschaftlich benachteiligten Gruppen. Im Mittelpunkt der zukünftigen Entwicklungen stehen Qualifizierungsmaßnahmen und Zertifizierungssysteme sowie die Nachhaltigkeit von Integrationsmaßnahmen. Zum Themenschwerpunkt der Dopingbekämpfung wurde eine verbesserte Zusammenarbeit der europäischen nationalen Anti-Doping-Organisationen (NADO) in einem Netzwerk vereinbart.

## Hauptstadtgespräche in Bulgarien und Rumänien

Der Parlamentarische Staatssekretär Peter Altmaier führte am 11. und 12. Januar 2007 in Bukarest und Sofia Gespräche mit dem rumänischen Innenminister Vasile Blaga und dem bulgarischen Innenminister Rumen Petkov. Herr Altmaier gratulierte den beiden Ländern – auch im Namen von Bundesinnenminister Dr. Schäuble – zum EU-Beitritt am 1. Januar 2007.

Beide Treffen dienten vor allem der Erläuterung und Diskussion der Schwerpunkte des BMI-Arbeitsprogramms für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, wie zum Beispiel die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität, die Überführung des Vertrags von Prüm in den Rechtsrahmen der Europäischen Union und den baldigen Anschluss der neuen Mitgliedstaaten an das Schengener Informationssystem (SIS). Altmaier betonte auch die Notwendigkeit zur entschlossenen Bekämpfung illegaler Migration und die dafür notwendige Stärkung der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX einschließlich der sogenannten „Soforteinsatzteams“.

Die Minister Blaga und Petkov äußerten sowohl die Bereitschaft ihrer Länder, an den Regelungen des Vertrags von Prüm mitzuwirken, als auch den Wunsch, möglichst schnell in vollem Umfang in die Arbeiten von Europol einbezogen zu werden. Darüber hinaus wiesen sie auf die angesichts der langen Außengrenzen ihrer Länder schwierige Aufgabe der Grenzsicherung hin und bedankten sich bei Deutschland unter anderem für die im Rahmen von PHARE-Twinning-Projekten gewährte Unterstützung.

Die beiden Besuche bildeten den Abschluss der Hauptstadtgespräche von Minister Dr. Schäuble und Staatssekretär Altmaier, die zwischen Oktober 2006 und Januar 2007 zur Vorbereitung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft



Der rumänische Innenminister Vasile Blaga (l.) mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Peter Altmaier (r.).

durchgeführt wurden. Ziel war es, allen europäischen Partnern bis zum Beginn der deutschen Präsidentschaft die wichtigsten innenpolitischen Präsidentschaftsanliegen Deutschlands vorzustellen und zu erörtern sowie Anregungen aufzunehmen. Die Gespräche wurden von den Mitgliedstaaten ausnahmslos sehr positiv aufgenommen und haben wesentlich zum erfolgreichen Start in die deutsche Ratspräsidentschaft beigetragen.

## Dr. Schäuble trifft US-Kollegen

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble hat den amerikanischen Minister für Homeland Security, Michael Chertoff, in Berlin zu Arbeitsgesprächen getroffen, in denen es vor allem um die Innere Sicherheit ging. Zu diesem Thema hatten beide Staaten bereits im vergangenen Jahr eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die Vorschläge zur weiteren Verbesserung des Informationsaustausches zwi-



schen beiden Staaten erarbeiten soll. Dabei geht es sowohl um die Möglichkeiten, die das geltende Recht bereits bietet, als auch um die Möglichkeiten eines völkerrechtlichen Vertrages. Hierbei sowie in der Zusammenarbeit zwischen den USA und der EU müssen die Anforderungen des Datenschutzes berücksichtigt werden.

Dr. Schäuble erklärte, die Gespräche hätten erneut gezeigt, dass die amerikanisch-deutsche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit hervorragend funktioniere. Er fügte hinzu: „Wir streben ein deutsch-amerikanisches Abkommen zur Intensivierung des Informationsaustausches an.“ Nur auf diese Weise könne ein höchstmögliches Maß an Sicherheit für die Bürger gewährleistet werden.

Minister Dr. Wolfgang Schäuble (l.) mit seinem Amtskollegen Michael Chertoff (r.).



## Deutsch-polnisches Projekt zur Korruptionsbekämpfung

Nach 15 Monaten ist ein deutsch-polnisches Projekt zur Korruptionsbekämpfung erfolgreich abgeschlossen worden. Das Bundesministerium des Innern und das Bundesverwaltungsamt hatten im Rahmen des sogenannten Twinning-Instruments zusammen mit dem polnischen Innenministerium die Verwaltung des Nachbarlandes mit rund 100 Schulungsmaßnahmen unterstützt, an denen knapp 1.000 Personen teilnahmen.

Auf der Abschlusskonferenz in Warschau sagte Staatssekretär Johann Hahlen: „Dieses Projekt verdeutlicht für jeden greifbar, wie Europa zusammenwächst. Über konkrete Projekte wie dieses entwickelt sich eine neue Form der Zusammenarbeit, die für beide Seiten von Vorteil ist.“

Für die Trainingsmaßnahmen in Polen waren auch Experten der Länder Berlin, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sowie von Organisati-

onen wie Transparency International und der Akademie des Deutschen Beamtenbundes gewonnen worden. Ein Berliner Staatsanwalt war als Langzeitberater in Warschau tätig. Die erfolgreich beendete Arbeit bildet gleichzeitig den Auftakt für ein neues EU-Projekt zur Korruptionsbekämpfung, das Polen an Deutschland übertragen hat und das die Stärkung der neuen Antikorruptionsbehörde Polens zum Schwerpunkt hat.

Mit ihrem Twinning-Instrument, das eigens für die Kooperation öffentlicher Einrichtungen aufgelegt wurde, unterstützt die EU die neuen Mitgliedstaaten sowie die EU-Nachbarstaaten beim Aufbau effektiver Verwaltungsstrukturen.

Ziel der EU-Förderung ist es, Ministerien, Verwaltungen und andere öffentliche Institutionen, aber auch Wirtschaftsunternehmen an den Standard in der EU heranzuführen.

## Dr. Schäuble dankt Helfern

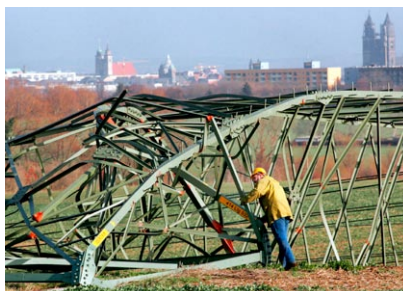
Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble hat allen haupt- und ehrenamtlichen Helfern gedankt, die während des verheerenden Orkans „Kyrill“ und danach im Einsatz waren. Der Minister betonte: „Dieses Engagement ist unbezahlbar.“ Auch ohne die Arbeitgeber, die ihre Mitarbeiter freistellten, würde das zum größten Teil ehrenamtlich getragene Katastrophenschutzsystem nicht funktionieren.

Allein das THW half mit 5.500 Kräften aus 330 Ortsverbänden. Auch die Bundespolizei setzte noch während des Orkans mehr als 2.400 Beamte ein. Vorher hatte das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in Übereinstimmung mit den War-

nungen des Deutschen Wetterdienstes die Bevölkerung über Selbstschutzmaßnahmen informiert.

Beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe sind eine Broschüre „Für den Notfall vorgesorgt“ und ein spezieller Flyer zum Thema Unwettergefahren kostenlos erhältlich.

>> [www.bbk.bund.de](http://www.bbk.bund.de)



Nach dem Sturm: ein umgeknickter Hochspannungsmast vor Magdeburg.



Der neue Helikopter im Einsatz.

## Neue Zivilschutz-Hubschrauber

Das Bundesministerium des Innern finanziert insgesamt 16 moderne Hubschrauber für den Einsatz bei Katastrophen und für den Zivilschutz. Die orangefarbenen Helikopter vom Typ EC 135 T2i werden in den kommenden zwei Jahren an zwölf Luftrettungszentren ausgeliefert. Dann besitzt der Bund die modernste Flotte in der Luftrettung.

Die EC 135 T2i weisen gegenüber den Vorgängermodellen eine Vielzahl technischer Neuerungen auf. Dazu gehören eine verbesserte Leistung für Höhen- und Hochtemperaturflüge, ein Kollisionswarnsystem und modernste Navigationssysteme.

Mit Hilfe der Zivilschutz-Hubschrauber können Schwerverletzte nach erster Behandlung vor Ort abtransportiert, Schadensstellen erkundet und überwacht sowie Bevölkerungsbewegungen beobachtet und gelenkt werden. Sie können ferner radioaktive Strahlung aus der Luft messen sowie Spezialisten und Material herbeischaffen. Jede Maschine führt eine komplette Notarztausstattung mit und kann bis zu zwei Verletzte liegend transportieren. Besetzt sind sie mit je einem Notarzt und Rettungsassistenten, die von den jeweiligen Trägern des Luftrettungszentrums gestellt werden.

>> [www.bbk.bund.de](http://www.bbk.bund.de)

## Kampf gegen Terrorismus

Das Gesetz zur Ergänzung des Terrorismusbekämpfungsgesetzes ist am 11. Januar 2007 in Kraft getreten. Es beruht auf einer umfassenden Überprüfung der gesetzlichen Regelungen, die im Januar 2002 als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001 getroffen wurden und die auf fünf Jahre befristet waren. Sie wurden um weitere fünf Jahre verlängert und werden fortlaufend bewertet. Dazu wird ein wissenschaftlicher Sachverständiger hinzugezogen, der im Einvernehmen mit dem Bundestag bestellt wird.

Dr. Wolfgang Schäuble erklärte, das Inkrafttreten des Ergänzungsgesetzes sei für das Aufspüren und die Verfolgung terroristischer Straftäter von ganz erheblicher Bedeutung. Für die Arbeit der Behörden seien vernünftig angepasste Rechtsgrundlagen geschaffen und einige umständliche Verfahren gestrafft worden, ohne dass in den Kernbereich der Lebensführung der Bürger eingegriffen werde. Von zentraler Bedeutung seien die Befugnisse für die Nachrichtendienste, die im dreijährigen Evaluierungszeitraum für das Terrorismusbekämpfungsgesetz sehr

verantwortlich von ihren Auskunftsrechten Gebrauch gemacht hätten. Durch die Ergänzung des Vereinsrechts werde extremistischen Vereinen die Möglichkeit genommen, die Folgen eines Verbotes, insbesondere die vollständige Zerschlagung der Organisation und den Verlust von Vereinsvermögen, durch eine „Flucht in die Kapitalgesellschaft“ zu umgehen. „Damit wird eine wesentliche Verbesserung der Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus im öffentlichen Vereinsrecht erreicht“, unterstrich der Minister.

## Bald auch Fingerabdrücke im Reisepass

Neben dem Foto des Inhabers sollen in deutschen Reisepässen ab 1. November 2007 auch zwei Fingerabdrücke digital gespeichert werden. Dies sieht ein Entwurf zur Änderung des Passgesetzes vor, den das Bundeskabinett beschlossen hat. Bereits seit November 2005 werden in Deutschland elektronische Reisepässe mit sogenannten biometrischen Daten ausgegeben. Im ePass der ersten Generation ist aber nur das digitale Passfoto gespeichert.

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble erklärte, mit der Aufnahme der Fingerabdrücke in den elektronischen Pass erfülle Deutschland als eines der ersten europäischen Länder auch diese Anforderungen einer EG-Verordnung und nehme somit eine Vorreiterrolle ein. Der Entwurf regle darüber hinaus das Auslesen des Chips. So wird es möglich, die Identität von Personen insbesondere im Rahmen von Grenzkontrollen auch durch Vergleich biometrischer Merkmale zu überprüfen, wenn der vorgelegte Pass diese Daten enthält. Auf diese Weise dient der Einsatz biometrischer Verfahren dazu, eine missbräuchliche Nutzung deutscher Pässe – etwa durch Terroristen – zu verhindern. „Der heutige Beschluss ebnet damit den Weg zur weiteren Stärkung der Inneren Sicherheit“, betonte der Minister.

Ab 1. November 2007 sollen bei der Passbeantragung auf der zuständigen Behörde die beiden Zeigefinger des Passbewerbers eingescannt werden. Diese werden dann mit dem Foto und den übrigen Passantragsdaten elektronisch an den Passhersteller übermittelt, der die Fingerabdrücke zusätzlich zum Foto im ePass-Chip speichert. Die Daten sind gegen unberechtigten Zugriff gesichert und werden nirgendwo anders als im Chip des PASSES gespeichert. Für

Bürgerinnen und Bürger entstehen durch die geplanten Änderungen keine Zusatzkosten; insbesondere ist keine Erhöhung der Passgebühr vorgesehen.

Alle bislang ausgegebenen Pässe bleiben im Rahmen ihrer Laufzeit gültig, unabhängig davon, ob diese Pässe bereits einen Chip enthalten oder nicht. Auch ein „Nachrüsten“ elektronischer Pässe der ersten Generation mit Fingerabdrücken ist nicht vorgesehen.

Bürgerinnen und Bürger haben in den Passbehörden die Möglichkeit, die auf ihrem ePass-Chip gespeicherten Daten an speziellen Anzeigeräten, den ePass-Lesern, einzusehen.

**>> Ausführliche Informationen unter [www.epass.de](http://www.epass.de)**

Bildschirmansicht des ePass-Lesegerätes.

	Name	MUSTERMANN
	Vornamen	ERIKA
	Geburtsdag	12.08.64
	Geschlecht	F
	Staatsangehörigkeit	D
	Seriennummer	122000535
	Ausstellender Staat	D
	Typ	P
	Gültig bis	21.08.15
	Weitere Daten (in Deutschland nicht vorhanden)	



## 2006 erneut deutlich weniger Asylanträge

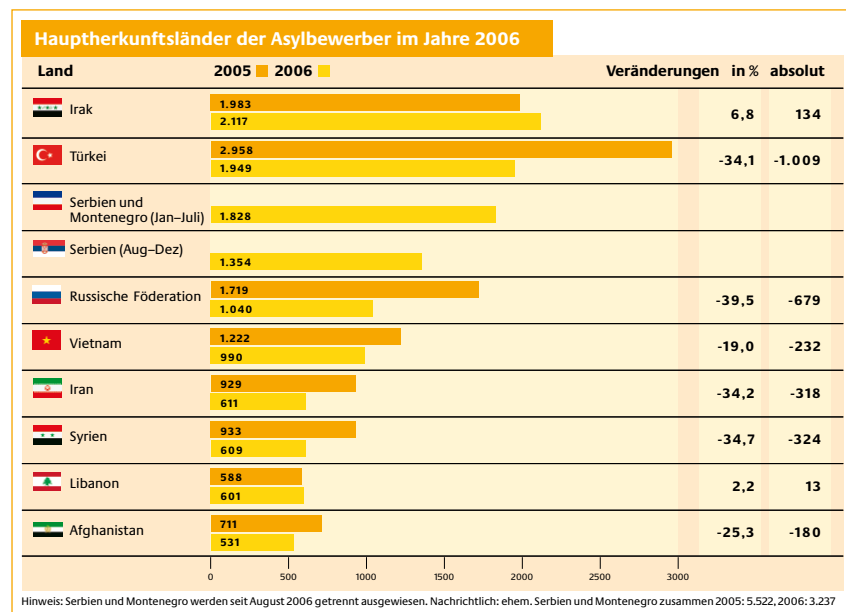
Die Zahl der Anträge auf Asyl in Deutschland hat sich im Jahr 2006 erneut deutlich verringert: Insgesamt stellten 21.029 Personen einen solchen Antrag. Das ist ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 27,3 Prozent. Diese starke Abnahme wurde für fast alle Hauptherkunftsländer registriert. Nur aus Irak und Libanon kamen geringfügig mehr Menschen mit der Bitte um Asyl nach Deutschland.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat im vergangenen Jahr insgesamt 30.759 Entscheidungen (2005: 48.102) getroffen. 251 Personen (0,8 Prozent) wurden als Asylberechtigte anerkannt. 1.097 Personen (3,6 Prozent) erhielten Abschiebungsschutz.

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble erklärte, der starke Rückgang bei den Anträgen zeige, dass Asylantrag als Zuwanderungsproblem zumindest quantitativ stark an Bedeutung verloren habe. Um diesen Zustand

zu erreichen, seien insbesondere seit Anfang der Neunzigerjahre große nationale und internationale Anstrengungen nötig gewesen. Der Minister wies auch auf die fortschreitende europäische Zusammenarbeit bei der

Bekämpfung des Asylmissbrauchs hin, die in der EU zu sinkenden Asylzahlen geführt habe. So sei nach UNHCR-Angaben im ersten Halbjahr 2006 die Zahl der Asylanträge auch EU-weit um 21 Prozent gesunken.



## Gutes Zeugnis für Integrationskurse

Die im Zuwanderungsgesetz geregelten Integrationskurse haben sich bewährt. Der Abschlussbericht des mit der Evaluation beauftragten Unternehmens Rambøll Management zeigt, dass sich das Integrationskurssystem etabliert hat und allen Zuwanderern eine systematische und qualitativ hochwertige Förderung anbietet. Es existiert eine gut strukturierte Förderlandschaft.

Weit über 1.500 Kursträger bieten bundesweit flächendeckend Integrationskurse an. 80 Prozent der Sprachkursträger verfügen über langjährige Erfahrungen in der Durchführung von Sprachkursen und beschäftigen gut qualifizierte Lehrkräfte. In dem Bericht werden aber auch Möglichkeiten zur Opti-

mierung des Systems gesehen. In sieben Handlungsfeldern werden Vorschläge zur Verbesserung gemacht.

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble betonte zu dem Bericht, die mit dem Zuwanderungsgesetz eingeführten Integrationskurse hätten die Lücken und Defizite in der vorherigen Sprachförderung von Zuwanderern geschlossen und sich in der Praxis bewährt. Dies zeige auch der internationale Vergleich. Natürlich würden in dem Abschlussbericht auch Verbesserungspotenziale aufgezeigt, insgesamt aber werde dem Integrationskurs ein gutes Zeugnis ausgestellt. Der Integrationskurs stelle eine deutliche qualitative Verbesserung der Integrationspolitik dar.

Der Integrationskurs ist das Kernstück der Bundesmaßnahmen zur Eingliederung von Zuwanderern. Er umfasst 630 Unterrichtsstunden, bestehend aus einem Sprachkurs zur Vermittlung ausreichender Sprachkenntnisse sowie einem Orientierungskurs zur Vermittlung von Wissen zur Rechtsordnung, Geschichte und Kultur in Deutschland.

**>> Der Evaluationsbericht kann heruntergeladen werden unter: [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de) (Download).**

## Mehr Leistungsanreize für die Beamtinnen und Beamten des Bundes

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble will den Leistungsgedanken im Beamtenrecht stärken. Dies kündigte er auf der gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung des dbb Beamtenbund und Tarifunion in Köln an.

Der Gesetzentwurf für die Dienstrechtsreform des Bundes, der derzeit innerhalb der Bundesregierung abgestimmt wird, sieht hierfür zahlreiche Maßnahmen vor:

Die Probezeit soll zukünftig für alle Laufbahngruppen drei Jahre dauern. Innerhalb dieser Phase soll nach den Worten Dr. Schäubles eine differenzierte Entscheidung über die Lebenszeitverbeamtung anhand von Leistungskriterien getroffen werden. Die Probezeit dürfe nicht mehr nur reine Formalität sein, denn an ihrem Ende stehe die Entscheidung über eine Bindung auf Lebenszeit. Schlechte Leistung gehe unmittelbar zu Lasten und auf Kosten der Allgemeinheit. Es sei also eine staatliche Verpflichtung, eine sorgfältige Personalauswahl zu treffen und eine verlässliche Erprobung zu gewährleisten. Das gelte auch für die Auswahl von Führungskräften. Führungsämter sollten bereits ab der Besoldungsgruppe A 16 zunächst für zwei Jahre auf Probe vergeben werden.

Im Gegenzug werden für Berufsanfängerinnen und -anfänger Leistungsanreize geschaffen. Sie sollen schon in der Probezeit befördert werden können. „Ich sehe darin einen erheblichen Beitrag zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes, gerade auch im Hinblick auf den demographischen Wandel“, so der Minister. „Denn wenn in einigen Jahren tatsächlich Dienstherren und private Arbeitgeber um immer weniger



Bundesinnenminister Dr. Schäuble beim Beamtenbund.

Nachwuchskräfte konkurrieren, hätte der öffentliche Dienst schlechtere Karten bei jungen Leistungsträgern, wenn sie sich in den ersten drei Jahren ihres Berufslebens keinerlei Karrierechancen erhoffen könnten.“

Zur Besoldung sagte Dr. Schäuble, sie solle künftig, wenn noch keine beruflichen Erfahrungen vorlägen, aus der Anfangsstufe erfolgen. Das Aufsteigen in den Stufen des Grundgehaltes solle sich nach Leistung und nach Erfahrungszeiten vollziehen. Dabei sollten Zeiten wie Beurlaubung wegen Kindererziehung oder Pflege angerechnet werden. Eine Stärkung des Leistungsprinzips müsse allerdings in beide Richtungen erfolgen. Bei Leistungen, die erheblich unter dem Durchschnitt lägen, solle der Stufenaufstieg gehemmt werden. Bei einer erheblichen positiven Leistungsentwicklung sollten die Betroffenen aber wieder zu der Stufe aufschließen können, die ohne die Stufenhemmung erreicht worden wäre.

Die Leistungsprämie, die in Zukunft das alleinige Leistungsbezahlungsinstrument sein soll, soll nach den Worten des Ministers sowohl für besondere indivi-

duelle Leistungen als auch für Teamleistungen vergeben werden können. Teamleistungen sollten dabei mehr als bisher gewürdigt werden. Damit es bei der Leistungsbewertung nicht zu mehr Bürokratie komme, solle es bei dem bewährten Verfahren bleiben. Das heißt, jeder Vorgesetzte trifft eine eigenverantwortliche Entscheidung über die Vergabe von Prämien in seinem Verantwortungsbereich.

Am bisherigen Einkommensniveau soll nach Darstellung des Ministers auch im neuen Gesetz grundsätzlich festgehalten werden. Das heißt, die Endgrundgehälter werden zur Finanzierung der Leistungsbezahlung weder abgesenkt noch variabel gestaltet. Es wird aber zwei Veränderungen geben: Erstens wird die jährliche Sonderzahlung in die Grundgehaltstabelle eingearbeitet. Und zweitens wird zur Verbesserung der Situation von Beamtinnen und Beamten mit drei und mehr Kindern der Familienschlag für dritte und weitere Kinder um jeweils 50 Euro erhöht.

>> Redetext unter [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de) (Nachrichten/Reden)



## Erstes Treffen der Flugdienstexperten für den Ostseeraum

Unter Schirmherrschaft der BSRBCC (Baltic Sea Region Border Control Cooperation) richtete die Bundespolizeifliegerstaffel Nord vom 31. Oktober bis zum 3. November 2006 in Bad Bramstedt das erste Expertentreffen von Vertretern der Flugdienstorganisationen der mit der Grenzüberwachung beauftragten Behörden und Organisationen der Anrainerstaaten der Ostsee aus.

Im Fokus der BSRBCC steht die Verbesserung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität im Ostseeraum und der maritime Umweltschutz. Die Flugdienste der jeweiligen nationalen Grenzschutzorganisationen unterstützen die Bemühungen um „safety“ und „security“ auf See durch den Einsatz von Hubschraubern und Flugzeugen.

Für alle fachspezifischen Fragen der Zusammenarbeit auf diesem Sektor wurde nun erstmals ein Forum geschaffen. Im Mittelpunkt stehen der Erfahrungsaustausch sowie die Weiterentwicklung und Standardisierung von Einsatzverfahren als Grundlage für gemeinsame Operationen.

## Lexikon der Innenpolitik

Aus dem „Lexikon der Innenpolitik“, das das Bundesministerium des Innern auf seinen Internetseiten anbietet, veröffentlichen wir in dieser Ausgabe den Begriff:

### Asylbewerber

Asylbewerber sind Ausländer, die Schutz als politisch Verfolgte nach Art. 16a Abs.1 des Grundgesetzes oder Schutz vor Abschiebung oder einer sonstigen Rückführung in einen Staat beantragen, in dem ihr Leben oder ihre Freiheit wegen ihrer Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung bedroht ist.

Auf Art. 16a Abs. 1 des Grundgesetzes kann sich nicht berufen, wer aus einem sicheren Drittstaat im Sinne des § 26a Abs. 2 des Asylverfahrensgesetzes einreist.

Das Bundesministerium des Innern veröffentlicht monatlich im Rahmen einer Pressemitteilung die aktuellen Kennziffern zu den Asylverfahren in Deutschland.

## Einschnitte bei der Ministerversorgung

Mit deutlichen Einschnitten bei der Altersversorgung der Minister und Parlamentarischen Staatssekretäre will die Bundesregierung zeigen, dass sie sich beim Sparen selbst nicht ausnimmt. Das Bundeskabinett beschloss unter anderem, die Altersgrenze auf 65, später 67 Jahre anzuheben, für den Bezug von Ruhegehalt mindestens vier Amtsjahre vorzusetzen und Übergangsgeld nur noch höchstens zwei Jahre zu zahlen. Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble betonte: „Die Einschnitte gelten bereits für die jetzige Bundesregierung. Sie macht damit deutlich, dass sie nach der vollständigen Streichung der jährlichen Sonderzahlung weiter mit gutem Beispiel vorangeht.“

Bisher kann bei einer mindestens dreijährigen Amtszeit Ruhegehalt ab Vollendung des 55. Lebensjahres und bei einer zweijährigen Amtszeit ab Vollendung des 60. Lebensjahres bezogen werden. Diese Altersgrenzen sollen nun auf die Regelaltersgrenze angehoben werden. Ein ehemaliges Mitglied der Bundesregierung kann das Ruhegehalt jedoch ab dem 60. Lebensjahr vorzeitig in Anspruch nehmen. Dann wird es allerdings dauerhaft um 3,6 Prozent für jedes Jahr, maximal um 14,4 Prozent, gekürzt.

Die Mindestamtszeit für den Bezug von Ruhegehalt wird von bisher zwei auf künftig vier Jahre verdoppelt. Bei einer vorzeitigen Auflösung des Bundestages oder bei Beendigung des Amtes des Bundeskanzlers gilt die Mindestamtszeit ausnahmsweise eher als erfüllt, sofern mindestens zwei Jahre Amtszeit vorliegen. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Amtszeit aus Gründen endet, die nicht in der Person des Regierungsmitglieds liegen. Bei der Berechnung der Mindestamtszeit kann die Mitgliedszeit in einer Landesregierung unter bestimmten Voraussetzungen mitgezählt werden. Bei einem Ausscheiden ohne Anspruch auf Ruhegehalt soll die Möglichkeit der Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung geschaffen werden.



Das Bundeskabinett.

## 2.278 Anträge auf Informationen

Insgesamt 2.278 Bürger haben im vergangenen Jahr einen Antrag auf Zugang zu amtlichen Informationen bei Bundesbehörden gestellt, mehr als die Hälfte von ihnen hatten damit vollständig oder teilweise Erfolg. Die Antragsteller beriefen sich auf das am 1. Januar 2006 in Kraft getretene Informationsfreiheitsgesetz (IFG), das jedem einen Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen bei Bundesbehörden einräumt, soweit keine Ausnahmegründe vorliegen.

Aus einer vom Bundesministerium des Innern veröffentlichten Jahresstatistik geht hervor, dass in 1.379 Fällen der

Informationszugang ganz oder teilweise gewährt wurde. In 410 Fällen wurde der Zugang zu den gewünschten Informationen abgelehnt. Gegen 142 Entscheidungen wurde Widerspruch eingelegt. 62 Widersprüche wurden zurückgewiesen. Anfang Januar 2007 waren 27 Klagen anhängig.

Nicht oder nicht vollständig wurden Informationen insbesondere wegen des Schutzes personenbezogener Daten zugänglich gemacht, auch wegen des Schutzes von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen sowie wegen des Schutzes des behördlichen Entscheidungsprozesses. Antragsteller waren über-

wiegend Privatpersonen. Pressevertreter haben in 92 Fällen, Mitglieder des Bundestages in vier Fällen das Antragsrecht des IFG genutzt.

Die Behörden haben bei 114 der positiv beschiedenen Anträge, also rund fünf Prozent, Gebühren erhoben. In 50 Fällen lag die Gebühr unter 50 Euro. Die Anträge erstreckten sich auf die gesamten Arbeitsbereiche der Bundesbehörden, Schwerpunktthemen wurden nicht festgestellt.

## Neuer Präsident des Statistischen Bundesamtes

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble hat den bisherigen Vizepräsidenten des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, als neuen Präsidenten des Amtes am 18. Januar 2007 in Wiesbaden offiziell in sein neues Amt eingeführt. Gleichzeitig wurde ihm auch das Amt des Bundeswahlleiters übertragen. Radermacher folgt Johann Hahlen, der im Oktober als Staatssekretär ins Bundesministerium des Innern gewechselt war.

Bei der offiziellen Amtseinführung in Wiesbaden lobte Minister Dr. Wolfgang Schäuble Radermacher als erfahrenen Statistiker, „der sein Handwerk von der Pike auf gelernt und der sich national wie international einen Namen gemacht hat“. Der 54-jährige Betriebswirt war im Statistischen Bundesamt in verschiedenen Leitungsfunktionen tätig und hat sich dort vor allem um den Aufbau der umweltökonomischen Gesamtrechnungen und die Einführung moderner Steuerungsinstrumente verdient gemacht.

Dr. Schäuble hob die Bedeutung statistischer Informationen als Grundvoraussetzung für ein modernes Gemeinwesen hervor: „Ohne ein klares und ehrliches Bild von der Wirk-

lichkeit kann es keine gute Politik geben. Die Zahlen der amtlichen Statistik über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation in unserem Lande sind dafür eine unverzichtbare Grundlage.“

>> [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

>> [www.bundeswahlleiter.de](http://www.bundeswahlleiter.de)



Staatssekretär Johann Hahlen (l.) überreicht Walter Radermacher (r.) die Ernennungsurkunde.

## Integration durch Sport

Minister Dr. Schäuble hat die Bedeutung des Sports für die Integration von Zuwanderern unterstrichen. In einer Rede zum Auftakt des Kongresses „Integration durch Sport“ in Stuttgart sagte der Minister: „Da Sport keine oder alle Sprachen spricht, ist er dem Grunde nach für jedermann zugänglich und erfordert keine großen Voraussetzungen.“ Deshalb werde Sport in großem Umfang als wirksames Mittel zur Förderung der Integration eingesetzt.

Dr. Schäuble wies auf das Programm „Integration durch Sport“ hin, das der Deutsche Olympische Sportbund auf Initiative der Bundesregierung seit 16 Jahren durchführt und das mit jährlich über fünf Millionen Euro gefördert wird. Das bundesweite Programm unterstützt Sportvereine, die sich insbesondere für die Integrationsarbeit engagieren. Insbesondere der Vereinssport setzt auf seine großen Integrationspotenziale. Hier fördere der Sport Begegnungen, Kooperationen und den Erfahrungsaustausch von Menschen unterschiedlicher sozialer, kultureller und ethnischer Herkunft. In keinem anderen Bereich finde man eine vergleichbar große Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund, die sich freiwillig beteiligen.

## Dr. Schäuble gratuliert zum Handball-Gold

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble hat dem Deutschen Handball-Bund (DHB) zum Gewinn der Weltmeisterschaft gratuliert. In einem Schreiben an dessen Präsidenten Ulrich Strombach betonte der Minister, die deutsche Mannschaft habe auf dem Turnier den Hallenhandball von seiner besten Seite präsentiert: „dynamisch, schnell, athletisch, faszinierend und oft spannend bis zur letzten Sekunde“. Hinzu sei das für den Erfolg notwendige Quäntchen Glück gekommen.

Dr. Schäuble schrieb weiter, das deutsche Team habe sich mit seiner Spielweise in die Herzen von Millionen Handballfans gespielt und in unserem Land das „Wir-Gefühl“ erneut aufleben lassen. Die olympiareife Begeisterung



der Handballfans in den Arenen habe dem deutschen Sport weiteres Ansehen verschafft. Er wünsche sich, dass der DHB diesen Aufschwung positiv für seine eigene Zukunft nutzen könne.

Die deutsche Mannschaft hatte in einem hochklassigen Endspiel am 4. Februar in Köln gegen Polen mit 29:24 gewonnen. Bundespräsident Dr. Horst Köhler, der auch Schirmherr der WM war, und der Präsident des Internationalen Handballverbandes, Dr. Hassan Moustafa, überreichten ihr anschließend den Siegerpokal. Deutschland hat damit nach 1938 und 1978 zum dritten Mal eine Hallenhandball-WM errungen und ist gleichzeitig für die Olympischen Sommerspiele in Peking 2008 qualifiziert.

Mit über 300.000 Zuschauern waren die insgesamt zwölf Hallen ausverkauft. Gleichzeitig erlebte der Handballsport einen Zuschauerboom vor den Bildschirmen mit bisher nie erreichten Einschaltquoten.

Bundestrainer Heiner Brand (r.) feiert mit seiner Mannschaft den WM-Sieg.



David Möller mit seiner Goldmedaille im Rennrodeln.

## Erfolge auf schnellen Kufen

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble hat den erfolgreichen deutschen Teilnehmern der Bob- und Skeleton-WM sowie der Rennrodel-WM gratuliert. Die Sportlerinnen und Sportler des Bob- und Schlittenverbandes für Deutschland gewannen in acht Wettbewerben 27 Medaillen. Fünf Medaillengewinner sind Angehörige der Bundespolizei Sportschule. Davon ist einer der zweifache Goldmedaillengewinner im Rennrodeln, David Möller. Ihm schrieb der Minister: „Sie haben als Polizeibeamter des Bundes durch Ihre neuerlichen Erfolge bei den Angehörigen der Bundespolizei große Freude ausgelöst.“ Der nach 2004 zweite Einzelweltmeistertitel sei ein weiterer Meilenstein in Möllers sportlicher Laufbahn.

Nach den Bobrennen der Damen standen auch die beiden Bundespolizistinnen Romy Logsch im Zweierbob und Berit Wiacker im Teamwettbewerb mit auf dem obersten Siegereck. Dr. Schäuble sprach ihnen und ihrer Pilotin Sandra Kiriasis ebenfalls seine Glückwünsche aus. Silber im Zweierbob gewannen die Bundespolizistinnen Cathleen Martini und Janine Tischer. Damit knüpften die Sportlerinnen und Sportler der Bundespolizei an die olympischen Erfolge von 2006 an.

# Informationen aus dem BMI Broschüren



## Europa sicher leben – Arbeitsprogramm für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Diese Broschüre enthält das innenpolitische Arbeitsprogramm für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007 in den drei Sprachen Deutsch, Englisch und Französisch. (Artikelnr.: BMI06341)

## Europa sicher leben – Praktische Beispiele für erfolgreiche europäische Innenpolitik

Diese Broschüre informiert anhand von Beispielen über die Erfolge der innenpolitischen Zusammenarbeit der EU in den Bereichen Sicherheit, Visum- und Asylpolitik, Katastrophenschutz, Datenschutz, Freizügigkeit und Wahlrecht. (Artikelnr.: BMI06330)

## Partner des Spitzensports.

### Die Sportpolitik des Bundesministeriums des Innern

Von der Nachwuchsförderung, über den Kampf gegen Doping bis hin zur Förderung von Spitzesportlerinnen und -sportlern. Diese Broschüre informiert über alle Bereiche des Sportes, in denen das BMI tätig ist. (Artikelnr.: BMI06306)

## Im Profil. Das Bundesministerium des Innern stellt sich vor

Diese Broschüre enthält alle wichtigen Informationen über das Innenministerium: Geschichte, Aufgaben und Organisation des Hauses. Sie informiert außerdem anschaulich über die Themen der Innenpolitik, die Beauftragten, Behörden und Einrichtungen des BMI. (Artikelnr. BMI06309)

Weitere Informationen und Publikationen finden Sie unter:  
[www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de) (Publikationen)

Aktuelle Informationen über die EU-Ratspräsidentschaft finden Sie unter: [www.eu2007.bmi.bund.de](http://www.eu2007.bmi.bund.de)

Diese und weitere Broschüren können Sie, unter Angabe der Artikelnummer, kostenlos bestellen bei:

Publikationsversand der Bundesregierung  
Postfach 481009, 18132 Rostock

Tel.: 0 18 05-77 80 90 (0,14€/Min. aus dem deutschen Festnetz)

Fax.: 0 18 05-77 80 94 (0,14€/Min. aus dem deutschen Festnetz)

E-Mail: [publikationen@bundesregierung.de](mailto:publikationen@bundesregierung.de)

Internet: [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)